

# „Ein geniales Geschäftsmodell“

Kooperation mit Beratungsunternehmen bringe Abhängigkeiten und ökonomische Nachteile für Gemeinden, sagt der Rechnungshof.

**BREGENZ** „Es ist ein geniales Geschäftsmodell“, sagt Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr über die Arbeit des Beratungsunternehmens ISK. Dieses erarbeitet für eine Gemeinde ein Entwicklungskonzept, welches unter anderem ergibt, dass die Gemeinde das Beratungsunternehmen weiterhin braucht, wenn sie etwa Wohnbau und Arbeitsplätze schaffen möchte. Der Gemeinde fehlt das Geld und das Know-how. Also holt sie Externe ins Boot. In elf Kommunen im Land werden diese Projekte deshalb über Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaften – kurz PSG – erbracht, die drei Mitglieder zählen: Die Gemeinde mit knapp 60 Prozent Anteilen, die regionale Raiffeisenbank mit knapp 40 Prozent und das oben genannte Beratungsunternehmen – Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung (ISK) – mit rund einem Prozent. Der Rechnungshof hat sich die PSG in Doren, Sulzberg und Schruns angesehen und stellt fest: Die Gemeinden setzen sich beachtlichen Risiken aus.

PSG sind Genossenschaften, die Grundstücke kaufen, entwickeln und verkaufen. Das Dorfhaus in Sulzberg wurde über eine PSG abgewickelt, Arztpraxis sowie Wohn- und Geschäftsräume sind entstanden. Das Betriebsgebiet Montafonerstraße in Schruns, bei dem ebenso eine PSG zum Einsatz kam, brachte zahlreiche Arbeitsplätze. Aber es kann auch schiefgehen, wie sich in Doren zeigt. Dort hat es die PSG nie aus den roten Zahlen geschafft. Sie erwarb für das Projekt Klein-Wien die ehemalige Bäckerei um 270.000 Euro, die Gemeinde mietete sich für ein Jahr um 500 Euro monatlich ein, bezahlte Renovierung und Ausstattung. Mittlerweile beträgt die Miete 600 Euro und soll auf 1000 Euro steigen. Für die Gemeinde eine günstige Lösung – nicht aber für die PSG, deren Obmann der Bürgermeister ist.



Das KleinWien in Doren wird für viele Zwecke genutzt, für Veranstaltungen, aber auch schon als Kleidertauschbörse. MAM



Egger-Bargehr sieht Risiken bei Grundstücksgeschäften. SHOURT

Ein Interessenkonflikt, sagt der Rechnungshof. Nun steht im Raum, dass die PSG die Immobilie an die Gemeinde verkauft. Doren würde doppelt draufzahlen: Die PSG wäre auf Kosten der Steuerzahler saniert, gleichzeitig wären die günstigen Mietkosten weg, erklärt Egger-Bargehr. In Doren widerspricht man dieser Darstellung.

## „Zinsaufschlag über Marktniveau“

„Man kann nicht davon ausgehen, dass die Interessen eines Privaten immer im Einklang mit dem Gemeinwohlinteresse sind“, erklärt die Rechnungshofdirektorin. Kritisch sei auch, dass die Schulden einer PSG nicht zum öffentlichen Haushalt gezählt werden. Die privaten Partner agierten unternehmerisch. So wirbt das ISK damit, dass bei einer PSG „für die Bank ein Zinsaufschlag über Marktniveau möglich ist“. Würde eine Gemeinde allein einen Kredit aufnehmen, wäre der Zinssatz niedriger, dafür müsste sie das Projekt aber zu 100 Prozent finanzieren. Gleichzeitig verrechnen die Privaten alle Leistungen, während die Gemeinden manche Kosten zum Teil allein schultern. Zusätzlich beansprucht das ISK Exklusivitätsrechte für viele Leistungen. Die Gemeinden

sind in der PSG an das Unternehmen gebunden. Bei den Krediten, die über den zweiten Partner – die regionale Raiba – laufen, liegen keine Vergleichsangebote vor. Und es kommen weitere Risiken hinzu. So ist es theoretisch möglich, dass die Gemeinden trotz Anteilsmehrheit von Entscheidungen in der PSG ausgeschlossen werden. In allen geprüften PSG wurden für Bankgeschäfte Einzelzeichnungsberechtigungen gefunden. Das beteiligte Beratungsunternehmen kann theoretisch Leistungen verrechnen und sich selbst bezahlen.

Ist eine Gemeinde einmal in einer PSG, kommt sie zudem kaum raus, kritisiert Egger-Bargehr. Ein ausgeschiedenes Mitglied habe nur Anspruch auf Geschäftsanteile, nicht auf Gewinnrücklagen, Wertsteigerungen durch Umwidmungen oder Vermögen wie Immobilien. Alternativen zu den PSG, wie eine stärkere Unterstützung der öffentlichen Hand bei großen Raumplanungsprojekten, gebe es aber kaum.

Die Gemeinden betonen, dass die PSG oft die einzige Möglichkeit sei, sind aber auch zufrieden. Die PSG würde ein optimales Umfeld für die Gemeindeentwicklung bieten.

**BIRGIT ENTNER-GERHOLD**  
birgit.entner-gerhold@vn.at  
05572 501-169



EINFACH  
MEHR  
ERFAHREN

<https://VN.AT/sumUhf>



**Kommentar**  
Peter Bußjäger

## Ablenkungsmanöver

Nach der Affäre um den mutmaßlichen Spion Egisto Ott, die ein gleichzeitiges Versagen von Justiz und interner Aufsicht im Innenministerium dokumentiert, ist guter Rat teuer. Der Beamte im Verfassungsschutz war nach dem Auftauchen verschiedener

„Wie eigentlich immer in solchen Fällen wird das Übel nicht dort gesucht, wo es sich befindet.“

Verdachtsmomente zunächst außer Dienst gestellt worden. Das Bundesverwaltungsgericht hob die Suspendierung allerdings wieder auf, weil die Disziplinarbehörde im Innenministerium die Notwendigkeit der Maßnahme nicht hinreichend begründen konnte. Daraufhin wurde Ott lediglich versetzt, was diesem ermöglichte, seine Spionagetätigkeit fortzusetzen.

Statt der Frage nachzugehen, wie es passieren konnte, dass eine Person, die bereits verdächtig war, weiterhin Informationen absaugen und an die Russen verkaufen konnte, wird lieber ein Ablenkungsmanöver gestartet. Wie eigentlich immer in solchen Fällen wird das Übel nicht dort gesucht, wo es sich befindet. Im konkreten Fall lag es in der Wurstigkeit, mit der eine effektive Aufsicht über einen Mitarbeiter, der im Besitz sensibler Informationen war und dem man nicht trauen konnte, unterlassen wurde.

Nun wünschen sich Regierung und Polizeiführung die Möglichkeit, Nachrichtendienste

wie WhatsApp überwachen zu können. Sinnigerweise hatte ausgerechnet die türkisblaue Koalition 2018 als einen ihrer ersten Schritte eine solche Regelung eingeführt. Diesen „Bundestrojaner“, wie man die Software nennt, die in Nachrichtendienste eindringt, hat der Verfassungsgerichtshof ein Jahr später als verfassungswidrig gekippt. Maßgeblich dafür war, dass mit einer solchen Überwachung die Polizei Einblick in den privaten Lebensbereich von Menschen erhält. Betroffen sind nämlich nicht nur Leute wie Egisto Ott selbst, sondern alle Personen, mit denen kommuniziert wird. So werden die Lebensbereiche mitunter völlig unbeteiligter Personen der Polizei offengelegt.

Der Verfassungsgerichtshof ließ freilich ein kleines Schlupfloch offen: So könne der Einsatz des Trojaners „in äußerst engen Grenzen zum Schutz gewichtiger Rechtsgüter zulässig sein“, das heißt, beim konkreten Verdacht sehr schwerwiegender Straftaten und nur aufgrund richterlicher Anordnung. Ob das gerade im Fall von Egisto Ott was genützt hätte, ist fraglich, denn es gab zwar einen Verdacht, der aber noch nicht konkret genug war. Viel wichtiger als eine zusätzliche Überwachung der Bürger wäre somit eine Verbesserung der internen Kontrollsysteme in den Behörden.



**PETER BUSSJÄGER**  
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.

## Sondierungsgespräche

**INNSBRUCK** Im Vorfeld der Innsbrucker Bürgermeisterstichwahl am 28. April nimmt das politische Schattenboxen zu. Grünen-Bürgermeister Georg Willi begann am Mittwoch seine angekündigten Sondierungsgespräche, den Anfang machten die SPÖ, die Liste Fritz und die Alternative Liste Innsbruck (ALI). Gesprä-

che sollte es in den nächsten Tagen auch mit dem Stichwahl-Konkurrenten, Ex-ÖVP-Vizebürgermeister Johannes Anzenberger, geben. Doch dieser lehnte ab.

„Jetzt geht es ausschließlich darum, die besten Ideen für die Innsbruckerinnen und Innsbrucker zu präsentieren.“

# „Eine Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ wäre zukunftssträftig“

Der Tiroler Landeshauptmann hofft auf Parteien der Mitte.

**INNSBRUCK** Die Wahl in Innsbruck brachte eine Niederlage für die ÖVP. „Sie hinterlässt natürlich Spuren“, sagt Tirols Landeshauptmann Anton Mattle im Gespräch mit den Chefredakteuren der Bundesländerzeitungen. „Unsere Erwartungshaltung war eine gänzlich andere, weil wir nach 30 Jahren endlich zwei bürgerliche Gruppierungen zusammenführen konnten.“ Die Leistung des Spitzenkandidaten und früheren Staatssekretärs Florian Tursky habe den Wählerinnen und Wählern wohl nicht gereicht. „Es haben ganz andere Parameter gegolten, insbesondere Bürgernähe“, resümiert Mattle. Gleichzeitig betont er, dass in Innsbruck eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten, „die sich so nicht auf die Europawahl oder die Nati-

onalratswahl übertragen lassen“. Was die Europawahl anbelangt, ist Mattle zurückhaltend: „Die ÖVP ist die Europapartei schlechthin. Einfach wird es aber nicht, zumal in den Umfragen die europafeindlichen Freiheitlichen vorne liegen.“

## Nein zu Kickl

Nach der Nationalratswahl schließt Mattle außerdem eine Koalition der ÖVP mit FPÖ-Chef Herbert Kickl aus: „Das Nein zu Kickl tragen alle ÖVP-Länderchefs mit. Darüber hinaus geht es mir aber um inhaltliche Fragen. Die FPÖ bewegt sich keinesfalls Richtung Mitte, sondern diskutiert beispielsweise nach wie vor über die Festung Österreich.“ Mit der SPÖ kann der Landeshauptmann besser. „Obwohl derzeit Parteien an den politischen Rändern stärker werden, war es immer so, dass Parteien der Mitte wie die ÖVP und SPÖ für den Wohlstand in Österreich gesorgt haben und auf die



Marco Witting (TT), Matthias Krapf (TT), Hubert Patterer (Kleine Zeitung), Isabel Russ (Vorarlberger Nachrichten) und Landeshauptmann Anton Mattle. MUIGG

soziale Sicherheit schauen. Deshalb wäre eine Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ auch zukunftssträftig“, ist Mattle überzeugt. „Auf Bundesebene habe ich aber ein Problem mit dem Kurs des SPÖ-

Vorsitzenden Andreas Babler.“ Einer Forderung wie der 32-Stunden-Arbeitswoche könne er nichts abgewinnen, sagt der Tiroler.

Kurzer Themenwechsel: Der Tourismus in Tirol sei trotz Kli-

mawandel gut aufgestellt. „Die Menschen werden auch in Zukunft noch im Winter Erholung suchen.“ Deshalb hätten Wintertourismus und Skilauf weiterhin eine große Bedeutung, wobei sich der Skilauf wohl eher in höher gelegene Skigebiete verlagern werde. Wachstumsgrenzen für Beherbergungsbetriebe oder das Verbot neuer Skigebiete seien Antworten auf den Klimawandel. „Das ist ein ständiger Prozess.“ Mattle stellt sich außerdem hinter den Ausbau des Kraftwerks Kaunertal. „Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn wir grüne Energie wollen, müssen wir sie auch selbst produzieren. Mir ist ein Wasserstromwerk in Tirol lieber als Atomstrom aus Frankreich“, ist der Landeshauptmann überzeugt.



Das Interview mit dem Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle (61) führten die Chefredakteure der Bundesländerzeitungen und VN-Chefredakteurin Isabel Russ.